



Wirtschaftskraft Alter

Auch ein Beitrag zur Generationen-Gerechtigkeit

Haben Sie schon einmal versucht eine Plastikpackung zu öffnen, um den Inhalt herauszunehmen? Gelingt Ihnen das nur mit großer Mühe? Machen Sie sich keine Sorgen, dass es möglicherweise an der fehlenden Kraft in Ihren Händen liegt. Es liegt schlichtweg am mangelnden Einfühlungsvermögen vieler Hersteller. Wenn unsere Unternehmen – bis auf wenige Ausnahmen – glauben, dass der demografische Wandel auch mit Schuld trägt an der derzeitigen Wirtschaftsmisere, dann haben sie bis heute noch nicht erkannt, welche Möglichkeiten die sich verändernden Altersstrukturen bieten. Für fast alle Lebensbereiche lassen sich Produkte entwickeln, die dem Bedarf der Älteren gerecht werden. Solche Produkte, ganz gleich, ob für Alltag, Freizeit, Urlaub, für die Wohnung, für die neuen Medien oder auch Angebote im Dienstleistungsbereich, verbessern die Lebensqualität – und das nicht nur für die ältere Generation. Auf der Seite Hintergrund berichten wir von einer Landesinitiative „Seniorenwirtschaft NRW“, die mit ihrer Arbeit der wachsenden und ökonomischen Bedeutung älterer Menschen Rechnung trägt.

Der Vorstand der Landesseniorenvertretung hat dieses Anliegen ebenfalls aktuell aufgegriffen und erstmals unter ihrer Trägerschaft ein Projekt auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit dem Team des Büros für angewandte Soziologie, Wuppertal, unter der Federführung von Prof. Dr. Herbert Grymer, werden Möglichkeiten gesucht, wie die ältere Generation mehr als bisher an der Stadtentwicklung teilhaben kann. Mit den Ergebnissen des Projektes kann der Leitsatz „Alter gestaltet Zukunft“ (für alle Generationen) verwirklicht werden. Einen ausführlichen Bericht darüber auf Seite 3.

Wie intensiv sich die LSV im Bereich Pflege auf Bundes- und Landesebene engagiert wird im Bericht auf den Seiten 4 und 5 deutlich. Bei un-

zähligen Fachtagungen sind unsere Kompetenz und Erfahrung federführend gefragt.

Kritische Fragen zur Gesundheitsreform hat der Vorstand der LSV an Prof. an Dr. med. Dr. sc. (Harvard), Karl. W. Lauterbach, gestellt. Prof. Lauterbach ist Mitglied der Rürup-Kommission. Das Interview auf den Seiten 6 und 7 halten wir für so wichtig, dass wir es auf der **Mitgliederversammlung am 21. April 2004, 10 Uhr, im Stadtweinhaus in Münster** zusätzlich als Sonderdruck zur Verfügung stellen.

Ein herzliches Danke gilt allen, die vor Ort mit viel Mühe und großem Aufwand für unser gemeinsames Anliegen – die Änderung der Gemeindeordnung bezüglich des Mitspracherechts der Senioren in den kommunalen Ausschüssen – geworben haben. Rund 50.000 Unterschriften sind bei der Aktion zusammen gekommen. Sie werden am 30. März 2004 dem Landtagspräsidenten in Düsseldorf überreicht.

Ein weiteres Thema liegt uns sehr am Herzen: **Die Europawahl am Sonntag, 13. Juni 2004**. Heute stellen die älteren Menschen in Europa 16 Prozent der Gesamtbevölkerung, was etwa einem Viertel der erwerbsfähigen Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) entspricht. Bis zum Jahre 2010 wird die Quote auf 27 Prozent steigen. Europa wird sich um weitere zehn Länder vergrößern. Das Mitspracherecht der älteren Generation ist deshalb nicht nur in

Deutschland gefordert. Wir müssen uns auch europaweit dafür engagieren, dass die sozialen Sicherungssysteme erhalten oder so umgebaut werden, dass sie allen alten Menschen in Europa annehmbare Perspektiven bieten. Die Chance der Mitsprache müssen wir nutzen und unsere Stimme am Sonntag, 13. Juni 2004, für Europa abgeben.

Hiltrud Wessling

Aus dem Inhalt

Hintergrund-Wissen	2
LSV aktiv	
Aus dem Vorstand	3 – 7
Aus den kommunalen Seniorenvertretungen	8 – 10
Regionalversammlung Düsseldorf	10
LSV aktiv	
Aus dem Vorstand	11
Mitglieder der LAGSO stellen sich vor	12
Impressum	12

HINTERGRUND-WISSEN:

Die Landesinitiative Seniorenwirtschaft Nordrhein-Westfalen

In Zukunft werden in unserem Land immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen leben. Dieser Alterungsprozess der Gesellschaft wird oftmals nur einseitig unter dem Aspekt der Lasten und Bürden, die damit verbunden sind, diskutiert.

Die demografische Entwicklung eröffnet aber auch Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung, wenn es gelingt die wirtschaftlichen Potenziale Älterer zu erschließen. Darauf haben das Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen und das Institut für Gerontologie, Dortmund, in ihrem Memorandum „Wirtschaftskraft Alter“ 1999 hingewiesen. Um diese Chancen zu nutzen, ist die Verknüpfung verschiedener Bereiche in Wirtschaft und Politik, die Bündelung und der Ausbau vorhandener Potenziale, die Mobilisierung der Nachfrager und der Ausbau der seniorenorientierten Angebote erforderlich.

Auf der Ebene des Landes Nordrhein-Westfalen ist mit der Einrichtung der Landesinitiative Seniorenwirtschaft NRW der wachsenden gesellschaftlichen und ökonomischen Bedeutung älterer Menschen Rechnung getragen worden. Unter Federführung des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (MGSFF NRW) und koordiniert durch die Geschäftsstelle Seniorenwirtschaft ist ein Dialogprozess angestoßen worden, der die Bedürfnisse Älterer in den Mittelpunkt stellt aber ebenso dazu beitragen soll, die „Wirtschaftskraft Alter“ gezielt zu er-

schließen. Durch die Entwicklung entsprechender Produkte und Dienste in den Bereichen Freizeit & Tourismus, Wohnen und neue Medien soll zu einer Verbesserung der Lebensqualität Älterer und zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen werden.

Inhaltliche Schwerpunkte der Landesinitiative lagen bisher:

- auf der Entwicklung seniorenge-rechter Tourismusangebote in NRW
- im Bereich Hochschulbildung für Senioren/innen
- in der Kommunikation von Markt-daten und entsprechenden Ge-staltungsansätzen
- in der Entwicklung und Beglei-tung von Modellprojekten
- in der Beratung von Unternehmen und Existenzgründern
- in der Entwicklung von Qualitäts-standards für betreutes Senioren-wohnen
- im Bereich der Qualifizierung und Marktfeldentwicklung im Hand-werk
- in der Verbesserung der Medien-kompetenz Älterer
- in der Verbesserung von Qualität und Effizienz sozialer Dienste durch den Einsatz neuer Medien
- in Fragen des Seniorenmarke-tings und der Erhebung differen-zierter Kaufkraftdaten für NRW

Mit einer Veranstaltung in Brüssel wurden die Ergebnisse auf europäischer Ebene vorgestellt und mit Teil-

nehmern aus anderen europäischen Ländern und der europäischen Seniorenorganisation AGE diskutiert. Es wurde verabredet, in einem europaweiten Netzwerk weiter gemeinsam an diesem Thema zu arbeiten.

Michael Cirkel

Um die Seniorenwirtschaft in NRW zu aktivieren hat die Landesregierung die Landesinitiative Seniorenwirtschaft unter der Federführung des Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie ins Leben gerufen. Die Landesinitiative wird koordiniert durch die am Institut Arbeit und Technik in Gelsenkirchen angesiedelte Geschäftsstelle und fachlich durch die Forschungsgesellschaft für Gerontologie und das Institut Arbeit und Technik beraten und unterstützt.

Ziel der Initiative ist es, durch die Entwicklung des Seniorenmarktes zur Steigerung der Lebensqualität älterer Menschen in NRW beizutragen, Arbeitsplätze in der Seniorenwirtschaft zu sichern und zu schaffen, innovative Ansätze im Seniorenmarkt zu erproben und an den Markt zu bringen sowie die Kaufkraft Älterer aus NRW und den Nachbarregionen zu mobilisieren und den Standort Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Die Geschäftsstelle der Landesinitiative koordiniert und moderiert diesen Prozess, ist Ansprechpartner bei Projektentwicklung, Know-how Transfer und Beratung in Fragen der Seniorenwirtschaft und unterstützt den Aufbau von Innovationspartnerschaften und Kompetenznetzwerken.

Ansprechpartner:

Dr. Vera Gerling 0209/1707133

Michael Cirkel 0209/1707344

Fax: 0209/1707110

Email: seniorenwirt@iatge.de

Home: www.seniorenwirt.de



*Ansprechpartner
für das Thema
„Seniorenwirtschaft“:
Dr. Vera Gerling und
Michael Cirkel*

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

„Altengerechte Stadt“ – erstes Projekt der Landessenorenvertretung

Eine „Unterschriftenaktion“ der ganz besonderen Art fand am 17. Februar diesen Jahres in der Geschäftsstelle der Landessenorenvertretung in Münster statt: LSV-Vorsitzende Hiltrud Wessling und Prof. Dr. Herbert Grymer unterzeichneten den Vertrag für das Projekt der Landessenorenvertretung „Altengerechte Stadt“. Ziel des Projektes ist, Vorschläge auszuarbeiten, mit denen die Potentiale Älterer für die Entwicklung einer Stadt mobilisiert werden können. „Man wird für die Zukunft von einer steigenden Zahl aktiver, erfahrener, leistungsfähiger und selbstbewusster älterer Menschen ausgehen müssen und dürfen. Sie haben jenseits der klassischen Berufsarbeit in ihrer „dritten Lebensphase“ mehr zu bieten als abnehmende Gesundheit, Altersheime oder Ferieninseln“, sagte Prof. Grymer. Die städtische Politik wird deshalb künftig die „Rentner“ anders als bisher berücksichtigen müssen.

Ältere Menschen wollen, sagt Prof. Grymer, immer weniger das Objekt der Versorgung sein. Vielmehr wollen sie verstärkt selbst etwas tun und mitbestimmen. Das Projekt wird deshalb nach Möglichkeiten suchen, wie die ältere Generation mehr als bisher an der Stadtentwicklung teilhaben kann mit der Perspektive, sich selbst organisieren und selbstbestimmt handeln zu können. So sollen auch konkrete Pilotprojekte entwickelt werden in Zusammenarbeit mit Kommunen, Wohnungsgesellschaften und Seniorenvertretungen. Das ist der Grund, warum auch Wohnungsgesellschaften mit ins Boot genommen worden sind.

Ziel des Projektes ist auch, die gesellschaftliche Anerkennung der Rolle und Aufgaben älterer Menschen zu stärken. Es gewährt Unterstützung dabei, das klassische Altersbild, das im politischen Leben vorherrscht, abzulösen und stellt die zunehmende



Die Vorsitzende der LSV, Hiltrud Wessling und der Leiter des Projektes „Altengerechte Stadt“ unterzeichnen den Vertrag. Das Projekt soll wichtige Hinweise geben, um die ältere Generation in die Entwicklung städtischer Lebensbedingungen einzubinden. Foto: Eifert

Erfolgreiche Unterschriftenaktion

Rund 50.000 Unterschriften wurden Dank des landesweiten Engagements unserer Seniorenvertretungen gesammelt. Der Vorstand der Landessenorenvertretung bedankt sich bei allen, die dazu beigetragen haben, dieses Ergebnis zu erreichen. Es zeigt deutlich, wie überzeugt wir alle davon sind, dass ein Mitspracherecht älterer Menschen in den seniorenrelevanten Ausschüssen dringend notwendig ist.

Vor allem auch deshalb, weil immer mehr junge Menschen darauf drängen, anstehende Probleme nicht in Konflikte ausarten zu lassen, sondern generationsübergreifend zu lösen. Die Unterschriften werden am Dienstag, 30. März, dem Landtagspräsidenten im Düsseldorfer Landtag überreicht. Wir sind sicher, mit der Aktion ein nicht zu ignorierendes Zeichen gesetzt zu haben. *Hiltrud Wessling*

Bedeutung von Senioren für die Arbeit an städtischer Lebensqualität heraus. Mit den Ergebnissen des Projektes können, so Grymer, Vorstellungen gewonnen werden, um den politischen Leitsatz „Alter gestaltet Zukunft“ für städtische Lebenszusammenhänge zu verwirklichen.

Die Ergebnisse des Projektes werden in einem Handbuch zusammengefasst, das Kommunen und allen altersrelevanten Institutionen Hinweise vermittelt, welche Beteiligungsmöglichkeiten der älteren Generation es in Städten und Kommunen gibt.

Das Projektteam „Altengerechte Stadt“ im Büro für angewandte Soziologie e.V. in Wuppertal setzt sich unter der Leitung von Prof. Grymer zusammen aus Dr. Dietmar Köster, Dipl.-Soz.Wiss. Jan Christoph Zimmermann, BA, MSc Psychologin Myrto-Maria Ranga und Cand.Dipl.-Soz.Wiss. Vera Schuster. Gefördert wird das „Entwicklungsprojekt Altengerechte Stadt“ vom Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Elke Seul

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Landespflegeausschuss Nordrhein-Westfalen

Im Rahmen des Landespflegeausschusses existieren folgende Arbeitsgruppen

- Kleine Landeskonzferenz **(LSV ist Mitglied)**
- Vorbereitungsgruppe für den Landespflegeausschuss **(LSV ist Mitglied)**
- Begleitgremium „Referenzmodelle“ **(LSV ist Mitglied)**
- AG „Personalsituation in der Pflege“
- AG. Investitionskosten
- AG Kommunale Pflegeplanung (vormals Bedarfsplanung)
- AG. MRSA (=Methicillinresistenter Staphylococcus aureus)
- AG. Wegweiser „Tagespflege“ **(LSV ist Mitglied)**
- AG. Weiterentwicklung der Pflegeversicherung **(LSV ist Mitglied)**
- MDK-Untersuchung zur Situation der stationären Pflege in NRW
- Geplant: AG. Pflegenden Angehörige“ **(LSV hat Federführung)**

Bis zur Jahreshälfte 2003 war der **Landespflegeausschuss NRW** erneut mit der Diskussion zur Novellierung des Landespflegegesetzes befasst. Am 30.4.2003 gab es hierzu eine Anhörung im Landtag, bei der die LSV auch eine Stellungnahme abgegeben hat.

Das novellierte Gesetz ist am 1.8.2003 in Kraft getreten. Auf das Instrument der Pflegeplanung wurde nun doch nicht gänzlich verzichtet, insofern als den örtlichen Pflegekonferenzen hier eine besondere Rolle zukommen soll. Die bisherige sogenannte Objektförderung wird durch eine sogenannte Subjektförderung abgelöst, wonach die Förderung am Bedarf der jeweiligen Heimbewohnerin bzw. des jeweiligen Heimbewohners orientiert ist. Zur Abfederung der hohen Investitionskosten wird Pflegegeld in gedeckelter Höhe zur Verfügung stehen, so dass in jedem Fall ein nicht unerheblicher Betrag von den Pflegebedürftigen selbst zu

zahlen sein wird. Eine von der LSV abgelehnte Berücksichtigung des Vermögens der Pflegebedürftigen bis zu einem Selbstbehalt von 10.000 EUR konnte nicht erreicht werden. Dennoch ist als kleiner Erfolg zu werten, dass sich der von den kommunalen Spitzenverbänden (Städte und Gemeinden) geforderte völlige Wegfall eines Selbstbehaltes sowie der Rückgriff auf die Angehörigen gemäss BSHG nicht durchgesetzt hat. Ein weiterer Schwerpunkt im Landespflegeausschuss bildete das Thema „Nachhaltige Sicherung der Pflegequalität durch ausreichendes und kompetentes Pflegepersonal“. Die AG „Personalsituation in der Pflege“ hat hierzu ein umfangreiches Papier vorgelegt, das Grundlage einer Expertenanhörung der SPD-Landtagsfraktion am 13.10.2003 sowie eines Fachgesprächs der CDU-Landtagsfraktion am 12.1.2004 war. Die LSV war in beiden Fällen beteiligt. Am 29.4.2004 soll zu diesem Thema unter Federführung des Ministeriums ein Workshop mit vier Themen-Arbeitsgruppen durchgeführt werden. Die LSV wird als Betroffenenverband auch an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Mit dem von der LSV im Landespflegeausschuss eingebrachten Thema „Auswirkungen des DRG-Systems auf die Pflegeversicherung“ wird sich die Kleine Landeskonzferenz im nächsten Jahr beschäftigen. Außerdem soll sich unter Federführung der LSV eine Arbeitsgruppe „Pflegenden Angehörige“ vertiefend mit dem Thema beschäftigen und eventuell einen Ratgeber entwickeln.

Der Landespflegeausschuss muss sich zum Frühjahr/Sommer 2004 neu konstituieren. Die LSV hat daher vorgeschlagen, zum einen den Aufgabenkatalog um den Bereich „Gesundheit“ zu erweitern, da eine trennscharfe Abgrenzung zwischen dem SGB XI und SGB V immer weniger gegeben ist. Zum anderen wird

von uns vorgeschlagen, das bisherige Einstimmigkeitsprinzip durch ein noch näher zu bestimmendes Mehrheitsquorum abzulösen.

Gremien auf der Bundesebene mit Beteiligung der LSV NRW

Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) Fachkommission Pflege:

Die Fachkommission Pflege hat in 2003 vier Mal getagt und zwar am 6.5., 20.6., 27.6. und 1.9.2003. Die wesentlichen Diskussionen und Auseinandersetzungen galten den Eckpunktepapieren zur Gesundheitsreform sowie zur Novellierung der Pflegeversicherung. Es wurden mehrere Stellungnahmen an den Bundgesetzgeber erarbeitet und versandt.

Bundesinteressenvertretung der Altenheimbewohner e.V. (BIVA)

Die jährliche Fachtagung der BIVA fand am 20.8.2003 statt. In vier Fachvorträgen mit anschließenden Diskussionen wurden die Veränderungen behandelt, die sich durch die Novellierung von Heimgesetz und Heimitwirkungsgesetz aus der Sicht der Träger, des Heimbeirats, der Berater der Heimbeiräte (Multiplikatoren) und der Heimaufsicht ergeben.

Stellungnahmen und Teilnahme:

Bei einer Fachtagung des Apothekerverbandes Nordrhein e.V. am 10.7.2003 hat die LSV eine Stellungnahme abgegeben. Inhalt der Fachtagung waren die zum 28.8.2003 in Kraft getretenen Neuregelungen für die Heimbeförderung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten durch die öffentlichen Apotheken.

Die LSV hat ebenfalls teilgenommen an zwei Fachtagungen des KDA.

Am 2.6.2003 ging es dabei um das Thema „Personalgewinnung und Personalbindung in der Altenhilfe“. Die Fachtagung am 24.11.2003 befasste sich mit dem Thema „Menschen mit Demenz erreichen“.

Bei einer Fachtagung des Bundesministeriums für Familie, Senioren,

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Landespflegeausschuss Nordrhein-Westfalen

Frauen und Jugend am 11.11.2003 zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen einer selbstständigen Lebensführung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen in Privathaushalten“ (MuG 3) wurden die ersten Ergebnisse einer Repräsentativerhebung von Infratest Sozialforschung München über die Situation von Hilfe- und Pflegebedürftigen in Privathaushalten präsentiert.

Seminar der LSV zum Thema:

„Aktuelle Fragen zur Gesundheitspolitik und -reform“

Die Veranstaltung mit Referenten der Deutschen Gesellschaft für Versicherte und Patienten e.V., der AOK Rheinland, einem Arzt für Medizininformatik sowie einem Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Bonn hat den teilnehmenden Seniorenvertretungen Aufschluss gegeben über die voraussehbaren Auswirkungen des Gesundheits-Modernisierungs-Gesetzes (GMG) sowie über den Systemwechsel bei der Vergütung von Krankenhausaufenthalten (DRGs).

Zur Bewertung des GMG aus Sicht der Referenten und der TeilnehmerInnen kam es zu folgenden Schlussfolgerungen: Der Systemwechsel ist mit einem Ausstieg aus der Solidarität verbunden. Die Lastenverteilung erfolgt ungerecht und einseitig, wobei die Behandlungsqualität fraglich bleibt. Es dürften noch mehr Bürokratie und neue Verwaltungskosten entstehen. Die Informationspolitik ist unzureichend und unredlich.

Zu den zu erwartenden Auswirkungen der DRGs wurde folgendes Fazit gezogen: Es wird mit einer Verlagerung von Leistungen aus dem Krankenhaus in den ambulanten Bereich zu rechnen sein, wobei bei dort fehlenden Rahmenbedingungen ein „Drehtüreffekt“ nicht auszuschließen sein wird. Die Nutzung stationärer Nachsorgeeinrichtungen wird zunehmen. Dies kann zu einer inadäquaten Anschlussversorgung sowie zu einer Kostenverschiebung aus dem stationären in den ambulanten Bereich führen.

Kommentar zu den Anträgen aus der Mitgliederversammlung 2002/2003:

Die bei den letzten Mitgliederversammlungen an die Seniorenvertretungen ergangene Bitte, in ihren Städten und Kreisen zu recherchieren, ob Bedarfslücken hinsichtlich der flächendeckenden Versorgung mit Palliativbetten bestehen, wurde nur sehr zögerlich bzw. gar nicht nachgekommen. Darüber hinaus haben leider einige der Seniorenvertretungen Palliativ- mit Geriatriebetten verwechselt.

Palliativmedizin:

Wie dem „Landtag Intern“ vom Oktober 2003 zu entnehmen ist, hat sich der Landtag Anfang Juni 2003 ausgiebig mit diesem Thema befasst. Nach Aussage der zuständigen Ministerin hat NRW einen Vorbildcharakter mit 22 Palliativstationen mit 172 Betten. Eine Bestätigung erfährt diese Feststellung durch eine umfassende und repräsentative EMNID-Umfrage, die im Auftrag der Deuten Hospiz Stiftung im Jahr 2003 durchgeführt wurde. Was allerdings fehlt, ist eine ausreichende Palliative-Care-Versorgung. Siehe hierzu unseren neuen Antrag zur Mitgliederversammlung 2004.

Geriatriebetten

Hierzu gab es Rückmeldungen von sieben Seniorenvertretungen, die of-

fensichtlich in zufriedenstellender Weise mit Geriatriebetten versorgt zu sein scheinen. Dies stimmt überein mit der von der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie e.V. veröffentlichten bisherigen Entwicklung der Geriatrie in Deutschland: „Heute gibt es in ganz Deutschland über 200 Abteilungen oder Krankenhäuser für Geriatrie. Hinzu kommen in den psychiatrischen Landeskrankenhäusern etwa 15.000 Betten in geronto-psychiatrischen Abteilungen. Nahezu alle deutschen Länder haben umfangreiche, bereits verbindlich beschlossene Pläne zur weiteren Entwicklung geriatrischer Strukturen vorgelegt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Medizingebieten, in denen eher Kürzungen der Bettenzahlen anstehen, ist die stationäre und teilstationäre Geriatrie gegenwärtig ein Bereich mit verbindlich vorgesehenen Ausweitungen.“ Hinzu kommen in zunehmender Zahl Tageskliniken und Versorgungseinrichtungen für stärker pflegebedürftige alte Menschen wie Kurzzeit- und Tagespflegestätten. Außerdem entwickeln sich in immer mehr Pflegeheimen Bereiche mit Rehabilitationsauftrag auf der Grundlage von Krankenkassenverträgen. Auch dies ist eine Aussage der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie.

Dr. Uta Renn

Wie sich die Bilder gleichen ...

*Ein Mann, der eine ganze Masse
Gezahlt hat in die Krankenkasse
Schickt jetzt die nötigen Papiere
Damit auch sie nun tu das ihre.
Jedoch er kriegt nach längerer Zeit
Statt baren Geldes den Bescheid
Nach Paragraphenziffer X
bekomme er vorerst noch nix,
Weil, siehe Ziffer Y*

*Man dies und das gestrichen schon
so dass er nichts, laut Ziffer Z
Beanzusprechen weiter hätt.*

*Hingegen heißt's, nach Ziffer A,
Daß er vermutlich übersah,
Daß alle Kassen, selbst in Nöten,
Den Beitrag leider stark erhöhten
Und dass man sich, mit gleichem Schreiben
Gezwungen seh, ihn einzutreiben.
Besagter Mann denkt, krankenkässlich,
In Zukunft ausgesprochen hässlich.*

Eugen Roth, 1959

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Kritische Fragen zur Gesundheitsreform

Frage: Ist es richtig, dass Sie zu Beginn des letzten Jahres – wie einige Ärzte-Zeitungen berichtet haben – die niedergelassenen Ärzte aufgefordert haben sollen, vor Diagnosestellung und Einleitung einer Therapie zunächst zu überlegen, welchen Wert dieser Patient noch für die Gesellschaft hat?

Antwort: So etwas habe ich nie gesagt. Das ist eine Aufforderung, von der ich mich ganz klar distanzieren. Eine solche Praxis der Ärzte wäre ungeheuerlich. Bundesministerin Ulla Schmidt und ich haben vorgetragen, dass wir eines der teuersten, aber nicht immer das erfolgreichste Gesundheitssystem haben. Damit haben wir eine harte Gegenwehr der Ärzteschaft ausgelöst. Die Auseinandersetzung sollte aber fair bleiben. Ich bin für mehr Prävention im Alter, aber absolut gegen jede Rationierung. Die Ärzteschaft sollte endlich aufhören, ältere Menschen aufzuhalten.

Frage: Sind Sie der Meinung, dass die von Ihnen und Ihrer Kommission vorgeschlagenen Reformen sozial gerecht sind und musste der Kommission nicht klar sein, dass die Abgabekumulation zu einer übermäßigen Belastung der sozial Schwachen führen würde, wobei in sehr kurzer Zeit sehr viel für die ältere Generation zusammenkommen würde? Zum Beispiel Zuzahlungen, volle Beitragssätze bei Betriebsrenten und Pflegeversicherung, Wegfall von Zahnersatz, Brillen und Sterbegeld sowie Null-Runde bei den Renten?

Antwort: Die Rürup-Kommission hat eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung vorgeschlagen. Die Null-Runde bei den Renten ist von der Kommission nicht vorgeschlagen worden. Ich halte sie allerdings kurzfristig für unvermeidbar, weil sonst ein Defizit in der Rentenkasse entstanden wäre.

Die Rürup-Kommission hat für den Nachhaltigkeitsfaktor gestimmt. Das

Interview mit Univ.-Prof. Dr. med. Dr. sc. (Harvard) Karl W. Lauterbach, Institut für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie der Universität zu Köln und Mitglied der Rürup-Kommission.

Seit 1. Januar gelten die neuen Vorschriften der Gesundheitsreform. Die Umsetzung der Reform hat im Vorfeld die Gemüter sehr bewegt. Scheint es doch so, dass die soziale Gerechtigkeit bei den Reformen auf der Strecke geblieben ist. Und auch nachdem die neuen Gesetze gelten, sind die Diskussionen nicht verstummt. Nicht zuletzt werden Rentner und Rentnerinnen sowie pflegebedürftige alte Menschen massiv zur Kasse gebeten. Der Vorstand der LSV hat dazu Prof. Dr. med. Dr. sc. Karl W. Lauterbach kritische Fragen gestellt.

heißt: Die Rente steigt weniger, wenn erwerbstätige Menschen weniger einzahlen. Wenn es zu wenig Beitragszahler oder Massenarbeitslosigkeit gibt, dann regelt der Nachhaltigkeitsfaktor automatisch den Rentensatz ab.

Frage: Wie steht es um die Pflegeversicherung?

Antwort: Ich halte es für richtig, dass Rentner einen höheren Beitragssatz zur Pflegeversicherung leisten. Auch dies trägt zur Sicherung der Finanzierbarkeit sowohl der Rentenversicherung als auch der Pflegeversicherung bei. Die langfristige Finanzierung der Pflegeversicherung muss jedoch noch bis zum Jahr 2006 spätestens geregelt werden.

Frage: Welche Form der Krankenversicherung würde Ihrer Meinung nach unser Gesundheitssystem sanieren?

Antwort: Ich persönlich halte die Bürgerversicherung, die auch von der SPD angestrebt wird, für besser als die von der CDU vorgeschlagene Kopfpauschale. In der Bürgerversicherung werden auf alle Einkommen Beiträge zur Krankenversicherung erhoben, nicht nur auf Löhne, Gehälter und Renten, sondern auch auf Miet-, Zins- und Kapitalerträge. Dabei werden aber kleine Einkommen verschont. Die Beitragsbemessungsgrenze wird langfristig von 3450 € im Monat auf 5100 € angehoben. Alle Bürger sollen Mitglieder der neuen Bürgerversicherung sein: Beamte, Politiker, Selbstständige, Landwirte. Statt einer privaten Krankenversicherung würde dann jedes neue Mitglied in die Bürgerversicherung gehen und könnte sich eine private Zusatzversicherung leisten, wenn es wollte. Von einer solchen Regelung würden Durchschnittsverdiener und Rentner profitieren, vorausgesetzt, sie haben keine hohen Einkünfte aus Kapital und Mieten. Außerdem würde die Zwei-Klassen-Medizin beendet, in der Privatversicherte im Vergleich zu AOK-Versicherten oder Versicherten der Ersatzkassen bevorzugt behandelt werden.

Bei der von der CDU vorgeschlagenen Kopfpauschale von 200 € pro Person muss ein Rentnerhepaar 400 € monatlich bezahlen. Bei einer Rente von 1000 € sind das mehr als 15 Prozent des Einkommens. Sie erhielten dann einen Steuerzuschuss, solange die Steuermittel dafür reichen. Unter dem Strich blieben bei 1000 € Rente monatlich 50 € weniger.

Bei der Kopfpauschale wären folglich Rentner und einkommensschwache Familien die wichtigsten Verlierer, während einkommensstarke Singles entlastet werden. Das halte ich für ungerecht.

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Kritische Fragen zur Gesundheitsreform

Frage: Warum haben Mitglieder der Rürup-Kommission sich vor Abschluss der Beratungen immer wieder mit Einzelheiten zu Wort gemeldet, die den Bürger verunsicherten und dadurch nicht unbedingt Sympathie erweckten?

Antwort: Eine solche Verunsicherung kann auch begründet sein. Aus den negativen Reaktionen der Bevölkerung können auch wieder Anregungen in die Beratungen einfließen und wichtige Positionen dadurch geändert oder zumindest überdacht werden. Nichts ist schlimmer, als von schlechten Nachrichten zu spät überrascht zu werden.

Frage: Bei dem von der Rürup-Kommission vorgelegten Reformbericht geht es wesentlich nur um die Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Wurde dabei von Ihrer Seite nicht übersehen, dass auch eine mangelnde Qualität zu höheren Kosten führt und ist die Praxisgebühr nicht ein Ersatz für fehlende Struktur-reformen wie zum Beispiel Wettbewerb im System, Positivliste?

Antwort: Ich vertrete die Meinung, dass wir in Großstädten zu viele Ärzte, zu viele Untersuchungen, vor allem zu viele Röntgenuntersuchungen haben. In anderen Gebieten gibt es Unterversorgung und Qualitätsdefizite. Diese Ansicht hat zu Auseinandersetzungen mit den Ärzten geführt. Ich gelte deshalb bei vielen Ärztefunktionen als „Nestbeschmutzer“. Daher habe ich immer nach einer Reform für bessere Qualität gerufen.

Was vom Parlament letztendlich beschlossen worden ist, war eine Konsensreform. CDU und FDP waren nicht bereit, mehr Änderungen in den Praxen und Krankenhäusern und Apotheken zu beschließen. Trotzdem handelt es sich um die beste Reform der letzten 25 Jahre, weil sie in vielen Bereichen die Qualität verbessern wird. Es wird aber Jahre dauern, bis

alle Teile wie zum Beispiel die Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung oder die ganzheitliche Versorgung umgesetzt sind.

Frage: Überfällig wäre eine Präventionsstrategie im Bereich der chronischen Volkskrankheiten gewesen. Alle Experten sind sich darin einig, dass besonders notwendig Versorgungs- und Präventionskonzepte wären, die auf ältere Menschen zugeschnitten sind. Sind hier nicht mögliche Einsparpotentiale übersehen worden?

Antwort: Ulla Schmidt arbeitet gerade mit Hochdruck an einem Präventionsgesetz. Außerdem wurde bereits beschlossen, dass die Krankenkassen für Vorbeugungsmaßnahmen den Versicherten einen Bonus anbieten können, was die meisten Kassen schon tun. Wir brauchen aber noch größere Anstrengungen, insbesondere in den Schulen und Betrieben.

Frage: Welche Bedeutung hat die im Rürup-Konzept vorgesehene Dynamisierung der Leistungen im Hinblick auf den Hilfebedarf von Dementen in der Pflegeversicherung und ist es



Univ.-Prof. Dr. med. Dr. sc. (Harvard)
Karl W. Lauterbach

richtig, dass die dadurch entstehenden Mehrkosten über einen von Rentnern zu leistenden Zuschlag aufgefangen werden sollen?

Antwort: Dieser Vorschlag ist vom Tisch. Die Mehrkosten sollten übrigens durch eine Absenkung der Pflegesätze für die stationären Fälle der Pflegestufe 1 aufgefangen werden. Jetzt wird an einer anderen Finanzierung gearbeitet.

Frage: Juristen bezweifeln, ob die Erhebung einer Praxisgebühr einer verfassungsrechtlichen Prüfung Stand halten würde. Inwieweit wurde in Ihrer Kommission juristischer Sachverständiger hinzugezogen, beziehungsweise ist Ihnen bekannt, ob dies im Gesundheitsministerium der Fall war?

Antwort: Die Rürup-Kommission war mit vielen hochkarätigen Experten besetzt. Darunter waren auch Juristen. Wenn Juristen prüfen und feststellen, dass die Praxisgebühr verfassungsrechtlich nicht vertretbar ist, dann sollte in jedem Fall geklagt werden. Ich halte dies aber für völlig ausgeschlossen.

Außerdem ist die Praxisgebühr besser als erhofft von den Patienten angenommen worden. Sie hat vor allem dazu geführt, dass weniger Fachärzte ohne medizinische Notwendigkeit in Anspruch genommen werden.

Die Pauschale hat noch einen weiteren Vorteil: Wir wissen, dass jährlich rund 560 Millionen Arztbesuche erfolgen. Da bleiben für einen Patienten im Schnitt oft nur sechs Minuten pro Besuch. Das bedeutet Masse statt Klasse. Wenn weniger Patienten zum Arzt gehen, haben Ärzte mehr Zeit für den einzelnen Patienten, was sich viele Patienten wünschen.

Das Gespräch führten Dr. Uta Renn
und Elke Seul

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

OLPE

1200 Senioren befragt

Auf ein erfolgreiches Jahr konnte der Vorsitzende der AOS, Walter Faulenbach, in seinem Rechenschaftsbericht hinweisen.

Das von der OS herausgegebene Buch „Lebendige Vergangenheit“ wurde mit über 1000 verkauften Exemplaren ein voller Erfolg. Besonders die engagierte Mitarbeit von Elsbeth Rickers, Klaus Droste und Walter Ackerschott machte das Erscheinen dieses Buches erst möglich; ebenso die wertvolle Unterstützung der hiesigen Sparkasse.

Die von der Stadt Olpe in diesem Jahr durchgeführte Befragung von 1200 Senioren wurde mit über 60 ehrenamtlichen Helfern mit einer Rücklaufquote von 80 Prozent ein voller Erfolg. Erste Ergebnisse dieser Befragung stellten die Mitarbeiter der Uni Siegen, Fr. Dr. Fooken und Frau Ruback, in der Sitzung des Sozialausschusses vor. Endgültige Ergebnisse werden im Frühjahr 2004 vorliegen, so dass Rat und Verwaltung der Stadt Olpe in der Lage sind, aus dem dann vorliegenden Material Richtungsentscheidungen für eine seniorenfreundliche und auch seniorenrechte Stadt zu treffen.

Auch die 8. Olper Seniorenwoche Ende August war mit insgesamt fast 900 Teilnehmern wieder ein großer Erfolg. Die 9. Woche für Senioren vom 23. bis 28.8. 2004 ist schon in der Planung.

Zu Beginn der Versammlung hielt der Leiter des Kreissozialamtes, Hans Lohre, ein Referat über das zum 1. August 2003 in Kraft getretene neue Pflegegesetz.

Hier findet ein Richtungswechsel statt. Da das Land sich komplett aus der Investitionsförderung beim Neubau von Alten- und Pflegeheimen zurückzieht, ist die Zukunft der Regulierung durch den Markt ausgesetzt. Von einigen Mitgliedern der Ver-

sammlung wurde dies sehr kritisch beurteilt. „Wir können nur noch darauf achten, dass die notwendigen, vorgeschriebenen Standards eingehalten und die Häuser in Zukunft noch stärker und öfter kontrolliert werden“ meinte Hans Lohre.

Begrüßt wurde auch der Neubau eines Alten- und Pflegeheimes durch einen privaten Investor in Rüblinghausen. 45 Heimplätze sind vorgesehen.

In der Woche nach Ostern 2004 findet nunmehr höchstwahrscheinlich der Besuch der Senioren aus der Partnerstadt Gif-sur-Yvette statt, kündigte Walter Faulenbach zum Schluss der Veranstaltung an.

KREFELD

Wohnberatung in Krankenhäusern

Auf der jüngsten Sitzung des Seniorenbeirates erfuhren die Mitglieder, dass die Wohnberatung der Stadt Krefeld nun auch in den Krankenhäusern Sprechstunden einrichten wird. Ex-Oberbürgermeister Willi Wahl berichtete von der informativen Veranstaltung, die der Seniorenbeirat in Verbindung mit der Volkshochschule zu den Themen Hospiz sowie dem neuen Beerdigungsrecht durchgeführt hat. Als weiterer Tagesordnungspunkt stand das Thema Grundsicherung auf dem Programm. Die Geschäftsführung des Seniorenbeirates bereitet derzeit noch eine Informationsveranstaltung zum neuen Fallpauschalsystem der Krankenhäuser und dessen Folgen, insbesondere für die älteren Patienten, vor. *E.S.*

LÜDINGHAUSEN

Jahresbericht

Der Seniorenbeirat ist als Lobby der Senioren/innen tätig. Er stellte Öffentlichkeit her, verlangt Auskunft, fragt nach, bringt Anliegen der Senioren bei den richtigen Instanzen zur Sprache.

Information und Beratung innerhalb des SBR

Drei Mitgliederversammlungen; Monatsgespräche, welche die Mitglieder auf dem aktuellen Informationsstand halten, um bestimmte Aktivitäten vorzubereiten: Gedankenaustausch zu ermöglichen, Anregungen aus der Bevölkerung mitzuteilen. Weitere Themen: Grundsicherung, Altenechte Wohnungen in Lüdinghausen / Wohnformen im Alter; Hilfe für pflegende Angehörige; Altersdemenz, Genesungsversorgung; Information zum Patientenrecht; zum neuen Heimgesetz; Pflegequalitätssicherungs-Gesetz; Pflegeleistungsergänzungsgesetz; Novellierung des Pflegegesetzes in NRW.

Berichte über besuchte Seminare, Tagungen und Vorträge: Jahresversammlung der LSV; Regionalkonferenz der LSV; Kommunale Pflegekonferenzen.

Vertreter örtlicher ambulanter Pflegedienste berichten über ihre Tätigkeit und geben Auskunft.

Besuch von Seminaren und Tagungen, Geronto-psychologische Tagung, Vorträge Betreuungsverein „Autonomia“, Wohnform für Demenzkranke, Verteilung und Weitergabe von Broschüren und Fachliteratur / Einrichtung eines Archivs der Informationsschriften durch B. Bohr.

Informationen für die Senioren/innen der Stadt

Bereitstellung von Kontaktmöglichkeiten durch Telefon, Anrufbeantworter, Fax, E-Mail-Adresse, Homepage; Monatliche „Anhörstunde“ (mit jeweiligem Hinweis in den WN auf Themen-Schwerpunkte); Infokästen (Markt und Rathaus) „Tipp des Seniorenbeirats“ in den Westfälischen Nachrichten; Informationsveranstaltung in bestimmten Gruppierungen. zur Grund-Sicherung, zur Novellierung des LPfG; Kontakt zu Vereinsvorsitzenden und Zustellung einer Kurzfassung der Beratungen der Kreis-Pflege-Konferenz (KPK) zur

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

Weitergabe in den Gruppierungen und Zustellung der Heimmitwirkungs-Verordnung an die Vorsitzenden der Heimbeiräte; Info-Stand beim Stadtfest.

Veranstaltungen, Initiativen

Gemeinsame Fahrten zu Veranstaltungen: „Essen auf Rädern“, Besuch bei *Apetito* in Rheine; Eröffnung der Senioren-Aktiv-Woche in Ascheberg; Besuch der Notruf-Leitstelle in Coesfeld; Gespräch des SBR mit Dr. Hagemann als einem Vertreter der Hausärzte; Besichtigung des Umbaus und der Einrichtung des Trauerraums; Besuch des „Gemeinnützigen Altenzentrum Vitus-Stift“ in Olfen; Check der „Rettungsinseln“; Besuch im Café des Antoniushauses zur Kontaktpflege; Ortsbegehung des Spazierwegs an der „Grünen Schleuse“ und Sommerpicknick.

Übergabe des Trauerraums durch Vertreter der Stadt; Info-Stand beim Stadtfest; Verleihung der Ehrenurkunde durch den Bürgermeister; Informationsveranstaltung „Ein Trauerfall in Lüdinghausen“;

Information zum Service-Wohnen im Disselhook (G.Brand) und „Danke-schön-Frühstück“; Arbeitskreis „Betreuer/innen“ zur Betreuung der Kurzzeitpflege-Patienten im Krankenhaus; Arbeitskreis „Bänker“; Fertigstellung der Bank-Nummerierung in den Bauerschaften von Lüdinghausen; Aufstellung neuer, gestifteter Bänke; Gespräche mit der Stadtverwaltung und der Forstverwaltung von Vischering wegen der Instandsetzung von Fußwegen im Gelände der Burg; Besuch von Senioren-Einrichtungen Antoniushaus – Vitus-Stift Olfen; im Einzugsbereich Lüdinghausen: Wohnpark Disselhook;

Veranstaltungen für alle Senior/innen der Stadt zur Kontaktpflege:

Senioren-Radtour an jedem dritten Dienstag in den Monaten Mai bis Oktober; Winterspaziergang in den Monaten November bis April.

Einzelfallhilfe: Vermittlung von Seniorenbegleiter/innen; An den SBR

wurden einzelne Probleme im städtischen Umfeld herangetragen, welche besonders den Senior/innen zu schaffen machen. Der SBR hat sie bei den entsprechenden Instanzen zur Sprache gebracht und verfolgt deren Lösung beharrlich: Querungshilfe am Patzlarweg/B58; Ebnung der Waterstraot; Parkplätze am Friedhof; Entmöblierung der Mühlenstraße; Veränderung von Sperren an Geh- und Radwegen (Rollstuhlfahrer); Austrocknung der Matschwege an der Burg Vischering; Hinweis-Schilder auf den Busbahnhof.

Gertrud Bouillon,

*1. Vorsitzende des Seniorenbeirates
Lüdinghausen*

IBBENBÜREN

Gute Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung

Unser Seniorenbeirat besteht seit 1991, hat zwölf Mitglieder und ebenso viele stellvertretende Mitglieder. Zu den Sitzungen des Sozialausschusses erhalten wir Einladungen und Protokolle.

Die Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung ist sehr positiv. So konnten wir mit weitgehender Unterstützung der Verwaltung einen „Wegweiser für Senioren“ – „Älterwerden in Ibbenbüren“ in großer Auflage herausgeben.

Am Agendaprozess in Ibbenbüren sind wir seit langem beteiligt. Der Seniorenbeirat versteht sich als kooperierende Gruppe im Rahmen der hiesigen Agenda 21.

Zu den Seniorenvertretungen unserer drei Partnerstädte gibt es gute Kontakte. Dem Seniorenbeirat unserer Partnerstadt Roßlau/Elbe konnten wir „Geburtshilfe“ leisten. Mit der Stichting Welzijn Ouderen unserer Partnergemeinde Hellendoorn/Niyverdal gab es gegenseitige Besuche mit sehr fruchtbarem Gedankenaustausch.

Ulrich Beck, Vorsitzender

ESCHWEILER

Auf ein Wort Der Generationenkonflikt wird angeheizt

Altersdiskriminierung gilt hier zu Lande immer noch als typisches Problem alter Menschen. Das dem nicht so ist, dringt allmählich in das gesellschaftliche Bewusstsein.

Diskriminierung, das heißt, „herabsetzen, herabwürdigen“. Es bedeutet „jemanden von anderen absondern, ihn unterschiedlich behandeln und damit in den Augen der anderen herabsetzen“.

„Die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz und der Schutz vor Diskriminierung sind Menschenrechte“.

Im November 2000 verabschiedete der Rat der EU zwei Richtlinien, um dadurch den Schutz vor Diskriminierung in den Mitgliedsländern zu etablieren. Beide Richtlinien hätten bis 2. Dezember 2003 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. In begründeten Ausnahmen kann eine Verlängerung der Frist um drei Jahre gestattet werden.

Das Solidarprinzip bei Renten und Gesundheitsleistungen steht zur Disposition. In den Medien wird der Generationenkonflikt angeheizt. Hier zu Lande ist das Altersdiskriminierung.

Darum benötigen wir sinnvolle Veränderungen von Gesetzen, Verordnungen und Erlasse, um gegen Altersdiskriminierung vorgehen zu können. Aufnahme ins Strafgesetzbuch sind – auch für Deutschland lange überfällige Entscheidungen.

Ich hoffe mit meiner Schilderung klar gemacht zu haben, dass Altersdiskriminierung kein Kavaliersdelikt mehr ist.

Rudi Fischer,

*Mitglied des Seniorenbeirates
Eschweiler*

REGIONALVERSAMMLUNG

im Regierungsbezirk Düsseldorf

Am 4. Februar 2004 fand die zweite Regionalversammlung im Regierungsbezirk Düsseldorf statt. Eingeladen hatte der Seniorenbeirat der Stadt Essen in einem der stilvollen Sitzungsräume des Rathauses. Bürgermeister Kleine-Möllhoff nahm sich Zeit, um die Anwesenden mit einem ausführlichen Grußwort willkommen zu heißen. Der Vorsitzende des Seniorenbeirates Karl-Heinz Völker schloss sich der Begrüßung an.

Nach einer Vorstellungsrunde der einzelnen Seniorenvertretungen, die wieder die Verschiedenartigkeit der Zusammensetzung und Arbeitsweise aufzeigte, wurde festgestellt, dass die

Arbeit insgesamt professioneller und fachlicher wird.

Der Referent des SoVD Daniel Kreutzer stellte in einem knappen, übersichtlichen Referat das neue Landespflegegesetz vor. Weitere Punkte der Tagesordnung: Unterschriftenaktion, Mitgliederversammlung der LSV mit Neuwahl des Vorstandes, Termine, Verschiedenes.

Von 28 Seniorenbeiräten im Regierungsbezirk waren 18 Gemeinden mit insgesamt 32 Teilnehmer/innen anwesend.

Trotz der konzentrierten und produktiven Zusammenarbeit wurde festgestellt, dass ein Vormittag zu knapp be-

messen ist für diese Zusammenkunft. Für die Zukunft wurde wieder ein ganzer Tag gewünscht. Anschließend an die Regionalversammlung bot die Stadt Essen eine Rathausführung und ein delikates Mittagessen an.

Nach der Mittagspause hatte der Essener Seniorenbeirat die LSV-Mitglieder zu seiner öffentlichen Sitzung eingeladen. Für alle Teilnehmer/innen war es eine interessante, kompetente und inhaltsreiche Besprechung, die sicherlich einige Anregungen bot.

Mehrfach wurde der Wunsch geäußert, zwei bis drei Mal im Jahr eine solche Veranstaltung durchzuführen.

Irmgard Scheinemann

AUS DEN KOMMUNALEN SENIORENVERTRETUNGEN

MÜNSTER

Zehn Jahre Informationsbüro Pflege

Die Bilanz der vergangenen zehn Jahre kann sich sehen lassen: 40.000 Fragen und Hilferufe, die im Alter Unterstützung suchen, 16000

Anfragen zur Wohnraumberatung und -anpassung. Den Seniorentag in Münster nutzten die Verantwortlichen, ein neues Projekt vorzustellen: „Von Mensch zu Mensch“. In den jeweiligen Sozialbüros der Stadtteile sollen Multiplikatoren geschult werden in Fragen Pflege und Wohnberatung, die ihrerseits Hilfesuchende beraten. Das auf drei Jahre angelegte Modellprojekt wird von der Stiftung Magdalenenhospital mit 500.000 Euro finanziert.

Quelle: Westfälische Nachrichten 12.12.2003 (Sigmar Teuber). E.S.

DORSTEN

In Dorsten und nicht in Bielefeld fand der Seniorentag unter dem Motto: „Mobil sein, Mobil bleiben“ statt, wie in der letzten Ausgabe irrtümlich berichtet.

DETMOLD

Verdienstkreuz am Bande für Erich Rosemeier

Als alter Eisenbahner bist du ein Mann, der immer unter Dampf steht. Einmal aufs Gleis gesetzt, versuchst du, deine Ziele erfolgreich zu erreichen, sowohl im politischen als auch im gesellschaftlichen Leben, ob im SPD-Ortsverein, als sachkundiger Bürger im Ausschuss Fremdenverkehr und Kurwesen, sagte Bürgermeister Friedrich Brakemeier anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande der Bundesrepublik Deutschland. Hervorgetan habe sich Rosemeier seit 1996 als Vorsitzender des Detmolder Seniorenbeirates, eines der ältesten Beiräte dieser Art in Deutschland.

Paula Röllke, die stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirates hob hervor, wie intensiv sich Rosemeier für die Belange der älteren Menschen in Detmold eingesetzt habe. Als Vorsitzender des Seniorenbeirates habe er Einladungen zu sämtlichen Rats- und Ausschusssitzungen erhalten und habe Rederecht im Ausschuss. E.S.

KÖLN

Protest gegen Bettenabbau

In Köln sollten 800 bis 1000 Klinikbetten abgebaut werden. H. Ketzenberg von der Seniorenvertretung Köln bat in der Sitzung des Gesundheitsausschusses darauf hinzuwirken, dass eine Umschichtung der Betten in den geriatrischen Bereich vorgenommen werde. Doch so einfach ist das nicht möglich, so die Mitteilung aus dem Gesundheitsausschuss. Krankenhausplanung sei Ländersache. Die regionalen Planungen entstehen in Verhandlungen zwischen den Krankenhäusern, den Verbänden der Krankenkassen und der zuständigen Landesbehörde.

Die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln wird eine Arbeitsgruppe einrichten, die sich aus Vertreter/innen der von der Krankenhausplanung betroffenen Gruppen wie Senioren, Migranten/innen, Frauenamt, Selbsthilfegruppen usw. zusammensetzt. Es wird ein Kriterienkatalog erarbeitet, der der konkreten Erstellung der regionalen Planungskonzepte zu Grunde gelegt werden soll. Dr. Uta Renn

LSV AKTIV: AUS DEM VORSTAND

Generationenvertrag



*Alt und Jung im Gespräch. Von links: Egon Backes und Hiltrud Wessling (LSWV), Sascha Drescher (Junge Union), Florian Böttcher (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen), Moderator Raoul Termath, Anna Lührmann (Grüne), Dr. Daniel Sodenkamp (FDP) und Ulrich Kelber (SPD).
MZ-Foto: Beintken*

Jung und Alt im Gespräch – ein Bild, das sich nicht alle Tage im münsterischen Stadtweinhaus bietet. Die Landeseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen, hatte gemeinsam mit der Stadt Münster, junge Politiker zur Podiumsdiskussion eingeladen. Die Vorsitzende Hiltrud Wessling und Vorstandsmitglied Egon Backes vertraten die LSV auf dem Podium.

„Die größte Kulturleistung einer Generation sind zufriedene Alte.“ Dieses Motto setzte Bürgermeister Günter Schulze Blasum in seiner Begrüßung als Einstieg in die Diskussion. Es ging um die zur Zeit aktuellen Themen der Rentenpolitik, Staatsverschuldung, Ökologie und Generationengerechtigkeit. Eine Themenvielfalt, zu der Anna Lührmann, (MdB Bündnis 90/Grüne), Dr. Daniel Sodenkamp (MdB FDP), Sascha Drescher vom Bundesvorstand der Jungen Union, Ulrich Kelber (MdB, SPD) Florian Böttcher (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen) Stellung nahmen. Letzterer stellte die Frage in den Raum, wer zur Zeit auf wessen Kosten lebe? „Wie sieht unser Leben aus, wenn wir 45 Jahre gearbeitet haben?“, wollte er wissen und fügte hinzu: „Wann sollen wir – die junge Generation – uns zu Wort melden wenn nicht jetzt? Schulden seien Teile des Generationenvertrages und Deutschland sei auf dem Weg in die Schuldenfalle. Zu dieser Situation hätten alle Beteiligten beigetragen. Bereits vor mehreren Jahrzehnten sei die demogra-

fische Entwicklung bekannt gewesen. Unter dem Aspekt, dass möglicherweise Wählerstimmen riskiert werden, wenn die sich bereits vor 30 Jahren abzeichnende demografische Entwicklung Thema der politischen Auseinandersetzung würde, hätten alle Parteien nur Politik auf Zeit gemacht.

Ulrich Kelber (SPD) verwahrte sich gegen den Vorwurf einer kurzsichtigen Politik. Und er stellte sich auf Seite der älteren Generation: Die Architektur der Sozialsysteme greife nicht mehr. Aber deshalb seien die heutigen Alten keine Last. Im Gegenteil: Es habe sich eine private Generationengerechtigkeit herausgebildet. Heutige Großeltern zahlten Urlaub, Computer und vieles andere mehr für die Enkelkinder. Nur das alleine reiche nicht aus. Über kurz oder lang müssten möglicherweise auch die Alten Rentenkürzungen in Kauf nehmen.

Sascha Drescher (Junge Union) forderte frühere Einschulung, kürzere Schulzeit und ständige Weiterbildung. In punkto Innovation habe Deutschland noch einiges nachzuarbeiten und dafür müssten Subventionen abgebaut und umfinanziert werden.

Auch Anna Lührmann (Bündnis 90/Grüne) sprach sich dafür aus, die Lösung aktueller Probleme nicht den folgenden Generationen zu überlassen. Sie forderte die Einführung einer Bürgerversicherung. „Die Handlungsspielräume unserer Generation sind stark eingeschränkt. die finanziellen Schwierigkeiten, die

durch den demografischen Wandel entstehen, müssten solidarisch von allen Generationen gelöst werden.

LSV-Vorsitzende Hiltrud Wessling hielt dem entgegen, dass die Älteren viel geleistet hätten durch Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder. „Man muss uns nicht vorwerfen, dass unsere Generation schuld daran ist, wenn die heutige Generation Probleme für die Zukunft hat.“ Dr. Daniel Sodenkamp (FDP) ist überzeugt, dass die Politik zu kurz denke. Es müssten heute bereits Handlungsspielräume für die Generation geschaffen werden, die noch nicht geboren sei. Er warf der Landesregierung eine Schuldenpolitik vor, die mit einer Million Euro Tilgung pro Tag verbunden sei. 277 Jahre würden gebraucht, um die Schulden des Landes zu tilgen.

Die Diskussionsbeiträge aus dem Publikum waren sehr rege. „Wie lange kann der Staat eine solche Schuldenlast aufrechterhalten“, so eine Frage verbunden mit der Forderung: „Wir brauchen weniger Gesetze, weniger Verwaltung, weniger Länder, damit wir die Schulden tilgen können.“ Junge Eltern heute hätten Angst, Kinder in die Welt zu setzen. Hiltrud Wessling sagte abschließend: „Wir Alten und Jungen haben gemeinsame Ängste, aber auch gemeinsame Hoffnungen.“ Die ältere Generation solle mithelfen, die Zukunft zu gestalten: „Wir Alten zeigen den Jungen, wie man den Mut zum Handeln aufbringt.“

Elke Seul

MITGLIEDER DER LAGSO STELLEN SICH VOR

z. B. Senioren-Union NRW

Die Gründung der Senioren-Union erfolgte am 20. April 1988 in Bonn als achte Vereinigung der CDU. Ältere Frauen und Männer aus ganz Deutschland schlossen sich zusammen, die ihre politische und gesellschaftliche Arbeit an christlichen Wertvorstellungen orientieren wollten. Seit der Wiedervereinigung sind alle 16 Länder im Bundesverband vertreten. Im Landesverband NRW arbeiten alle 54 Kreisvereinigungen – die in acht Bezirksvereinigungen organisiert sind – aktiv mit. Die aktive kommunalpolitische Mitarbeit – das ist die Domäne der Senioren Union – wird von den vielen Ortsvereinigungen organisiert, motiviert und aktiviert.

Mitglied der Senioren-Union können Frauen und Männer werden, die – das 60. Lebensjahr vollendet haben oder

– vorher aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschieden sind.

Wer Mitglied der Senioren-Union werden will – nur durch schriftlichen Antrag als persönliche klare Willenserklärung möglich – muss nicht zwingend Mitglied der CDU sein oder werden.

Vorsitzender der Senioren-Union NRW ist Leonhard Kuckart, Schwelm. Die Senioren-Union Deutschlands ist mit 27 anderen Seniorenorganisationen von christdemokratischen und konservativen Parteien aus 14 Ländern Mitglied der Europäischen Senioren-Union. Der langjährige Vorsit-

zende der deutschen Senioren-Union, Dr. Bernhard Worms, amtiert seit 2001 als Präsident der Europäischen Senioren-Union.

- Die Senioren-Union will an der politischen Meinungs- und Willensbildung in der Partei, in der Öffentlichkeit und in der älteren Generation mitwirken und dabei insbesondere die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Anliegen der älteren Generation wirksam vertreten.
- Die Senioren-Union will durch laufende Sachinformation und politische Willensbildung die älteren Mitbürger zur persönlichen Anteilnahme am politischen Geschehen anregen und sie zugleich veranlassen, durch eigene Initiativen und aktive Mitarbeit bei der Lösung der Probleme älterer Menschen mitzuwirken.
- Die Senioren-Union macht Politik mit älteren Menschen für Ältere und erkennt mit Augenmaß, wo Handeln erforderlich ist.
- Die Senioren-Union will die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die aus der längeren Lebenserfahrung der älteren Generation gewonnenen Erkenntnisse als eine wertvolle politische Entscheidungshilfe angemessen berücksichtigt werden und das gegenseitige Verständnis der Generationen gefördert wird.
- Besondere Aufgaben in 2004: Seit zwei Jahren gestaltet die Senio-

ren-Union NRW eine wissenschaftliche Vortragsreihe zu dem Thema „Der demografische Wandel und seine Folgen“, die in diesem Jahr mit drei Veranstaltungen auf Landesebene fortgeführt wird.

- Die Senioren-Union fördert praktisch die Zusammenarbeit mit der jungen Generation durch jährliche Verleihung eines Förderpreises für den sportlichen Nachwuchs (dieses Jahr auf Schloss Bernrath). Referent wird der Präsident des Deutschen Sportbundes sein.
- Förderung des musikalischen Nachwuchses durch die Durchführung von drei Matineen (in 2004 in Gelsenkirchen, Krefeld und Neuss).

Wir wollen insbesondere mit anderen Institutionen und Organisationen im Sinne älterer Mitbürger zusammenarbeiten. Deshalb unterstützt die Senioren-Union aus voller Überzeugung die Ziele der LAGSO und arbeitet zusammen mit den anderen politischen Seniorenorganisationen engagiert an der gemeinsamen Verbesserung der Probleme der Älteren in NRW.

*Egon Mazoschek,
Beauftragter der SU NRW für die
Zusammenarbeit mit der LAGSO*

Information und Informationsmaterial erhalten Sie in der Senioren-Union NRW, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Telefon (0211) 13 60 00

Impressum:

NUN REDEN WIR ist eine unabhängige, überparteiliche und konfessionell nicht gebundene Zeitung.

Herausgeber:

Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen e. V., Gasselstiege 13, 48159 Münster, Telefon 02 51 / 21 20 50, Fax 02 51 / 2 00 66 13

Internet: www.senioren-online.net/lsv-nrw

E-Mail: lsv-nrw@senioren-online.net

Gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf.

V.i.S.d.P.: Hiltrud Wessling

Redaktion: Elke Seul (fdS)

Wiss. Beratung u. Mitarbeit: Barbara Eifert

Korrektur: Elke Seul

Satz und Druck: Darpe Industriedruck, Beelener Str. 37, 48231 Warendorf · Auflage 3000

Erscheinungsweise: viermal im Jahr

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder, nicht immer die der Redaktion.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2004.

Thema „Sport im Alter“. Schreiben Sie uns über Ihre Erfahrungen.
Redaktionsschluss 15. Mai 2004